

Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 3. Plenumsitzung vom 7. Juli 2010

19.00 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend	Ratspräsident Thomas Fässler	
	30 Ratsmitglieder	
	Ratssekretärin Ida Hofstetter	Protokoll
	Ratsweibelin Lydia Schumacher	

entschuldigt	fünf Ratsmitglieder
---------------------	---------------------

Präsenz der Exekutivebehörde

Stadtrat	Harald Huber	Stadtpräsident
	Didier Falbriard	Sicherheit und Gesundheit
	Stephan Herzog	Jugend und Sport
	Walter Müller	Finanzen
	Susy Senn	Soziales
	Patrick Stutz	Werkbetriebe

Stadtschreiber	Alexandre von Rohr
-----------------------	--------------------

Schulpflege	Rita Rapold	Schulpräsidentin
--------------------	-------------	------------------

Geschäfte

1. Mitteilungen

2. Einbürgerungsgesuche

3. Globalbudget 2011 (SRB 116/10 und 147/10)

Antrag des Stadtrates, die Liste der Produkte und Ziele der Produktgruppen zu verabschieden und die Indikatoren und Sollwerte zur Kenntnis zu nehmen

4. Busline 156 (SRB107/10)

Antrag des Stadtrates für die Weiterführung des Versuchsbetriebes der Buslinie 156 Adliswil-Rüschlikon-Thalwil ab 2011 bis maximal 2014 jährlich einen Kredit von 78'000 Franken zu bewilligen

5. Anzahl Wahlbüromitglieder 2010 - 2014 (SRB151/10)

Antrag des Stadtrates auf Festlegung der Anzahl der Wahlbüromitglieder auf 75 - 90 Personen

6. Flächendeckende Schulsozialarbeit nach kantonalen Richtlinien (SP 64/10 und SRB 167/10)

Antrag der Schulpflege, für die flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit einen jährlich wiederkehrenden Bruttokredit von 186'000 Franken zu bewilligen und die Motion von Peter Barmettler und Yannick Wettstein abzuschreiben

7. Fristverlängerung für zwei Motionen (SRB 136/10 und 137/10)

Anträge des Stadtrates um Fristverlängerung von sechs Monaten für die Beantwortung der beiden Motionen "gemeinsames Liegenschaftenzentrum" und „Integration der Schule in den Stadtrat“

8. Fussgängerstreifen Leimbachstrasse

Postulat von Hanspeter Clesle und neun Mitunterzeichneten betr. Fussgängerstreifen Leimbachstrasse

9. Sanierung und Werterhaltung des Verkehrsnetzes und der Werkleitungen

Postulat von der Sachkommission betr. Sanierung und Werterhaltung des Verkehrsnetzes und der Werkleitungen

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Simon Jacoby, Davide Loss und Peter Werder: Ferien; Bernd Riesen: krank;

Clemens Ruckstuhl: berufliche Verpflichtung

1.2 Neues Ratsmitglied

Mit Beschluss vom 1.6.10 hat der Stadtrat in einer Ersatzwahl Peter Bühler für den Rest der Amtszeit als neues SP-Mitglied des Gemeinderates gewählt. Der Ratspräsident heisst Peter Bühler als Nachfolger von Fred Berger im Rat herzlich willkommen und wünscht ihm alles Gute und viel Freude bei der politischen Arbeit.

1.3 Jubiläum

Am 28. Juni 2010 konnte das Ratsmitglied Franco Rossi ein Jubiläum feiern - 10 Jahre Mitglied des Adliswiler Gemeinderates. Der Ratspräsident gratuliert Franco Rossi herzlich und dankt ihm für sein engagiertes Mitwirken in Kommissionen, mit parlamentarischen Vorstössen und mit persönlichen Voten. Der Ratspräsident wünscht Franco Rossi weiterhin Freude an der politischen Arbeit.

1.4 Feststellung der Rechtskraft von Beschlüssen des Gemeinderates

Die Beschlüsse des Gemeinderates von den Sitzungen vom 12. Mai und 2. Juni 2010 haben Rechtskraft erlangt.

1.5 Überweisung an die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Am 27. Mai 2010 wurde überwiesen:

Antrag des Stadtrates, die Liste der Produkte und Ziele der Produktgruppen zu verabschieden und die Indikatoren und Sollwerte zur Kenntnis zu nehmen.

1.6 Mitteilungen aus dem Stadtrat

Stadtrat Walter Müller beantwortet die pendenten Fragen aus der letzten Sitzung:

Frage von **Franco Rossi**: Wir haben von den 46 % ausgeschöpften Investitionsvorhaben gehört. Diese werden mit einem sogenannten positiven Effekt begleitet. Den Steuerzahlenden haben wir 100 % versprochen, realisiert wurde 46 %, ausstehend sind 54 %. Gibt es hier auch einen positiven oder negativen Effekt?

Stadtrat Walter Müller: Klar ist, dass sich Projekte, die budgetiert sind und im laufenden Jahr nicht durchgeführt werden können, aufs nächste oder die folgenden Jahre verzögern. Dies ist nicht im Sinne des Stadtrates und des Gemeinderates und dementsprechend nicht positiv. Das einzig Positive daran ist, dass - wie im Bericht gesagt -, die getätigten Investitionen selbst finanziert werden konnten.

Frage von **Carmen Marty Fässler**: Im Jahresbericht Seite 33 steht beim Leistungs-

umfang: Gebäude Anzahl 132 Rechnung 2008/ VA 2009 134/ IST 2009 29, Datenquelle Liegenschafteninventar - die Begründung Seite 34 beim Leistungsumfang steht ohne genauere Erklärungen da. Meine Frage dazu ist: "Wie ist die Zahl 29 (statt 134) bei der Anzahl Gebäude einzuordnen?"

Stadtrat Walter Müller: Das hat damit zu tun, dass die Finanz- und Verwaltungsliegenschaften neu in zwei Kapitel unterteilt sind, und dementsprechend finden Sie die Differenz bei den Liegenschaften.

Stadtrat Walter Müller informiert über den Stand „Zürichstrasse 12“:

Kosten: Seitens der Stadt ist man mit der Innensanierung mit 1,6 Mio. Franken - 1,5 Mio. plus ein Zusatzkredit von Fr. 100'000.-- - nach wie vor auf Kurs. Seitens der Pensionskasse liegt man mit der Fassadensanierung genau im Kostenvoranschlag. Nachdem alle Aus-, Abbruch- und Demontagearbeiten erfolgt sind, werden mit grosser Sicherheit keine weiteren Überraschungen auf uns zu kommen.

Termine: Die neuen Fenster sind montiert - wir sind gut im Terminplan. Per Ende November wird das Haus fertig renoviert sein, anschliessend wird der Umzug der einzelnen Abteilungen erfolgen, so dass vor Weihnachten der Betrieb im neuen Stadthaus aufgenommen werden kann.

Yannick Wettstein, Präsident der RGPK: Die RGPK, die das Projekt intensiv begleitet, nimmt diese Mitteilung zur Kenntnis. Zum Vorgehen von Stadtrat Walter Müller muss ich Kritik anbringen: Walter Müller hat am 29.3.10 bei uns in der RGPK zu den Vorgängen rund um das Projekt Stellung genommen. Im gegenseitigen Austausch haben wir das Gespräch als sehr offen empfunden. An dieser Sitzung hat uns Walter Müller angekündigt, dass er die RGPK Mitte April über die detaillierte Zeitplanung informieren wird. Seit 29.3. haben wir aber nichts mehr gehört. Seitens der RGPK haben wir Erinnerungen geschrieben, die letzte Frist wurde bis 5.7.10 gesetzt. Die Info jetzt ist o. k., aber wir fordern bei derart wichtigen Geschäften doch den Stadtrat und insbesondere den Stadtpräsidenten auf, die Führung zu übernehmen und die Kommunikation zwischen Exekutive und Legislative, insbesondere der RGPK, sicherzustellen.

Die pendente Frage von Clemens Ruckstuhl betr. Gefahrenkarte Adliswil wird infolge seiner Abwesenheit an der nächsten Sitzung beantwortet.

1.7 Mitteilung aus der Sachkommission

Hanspeter Clesle, Präsident der Sachkommission:

Anlässlich der letzten Ratssitzung wurden in einem Bericht der Sachkommission (Sako) zur Rechnung 2009 Personen aus der Stadtverwaltung mit Namen im negativen Sinne genannt. Dies wurde vom Stadtrat beanstandet. Dazu nehme ich wie folgt Stellung: Die Prüfung der Rechnung 2009 und die Verfassung je eines Schlussberichtes war noch Aufgabe der Sako 1 bis 3 der letzten Legislatur. Als Präsident der neu gebildeten Sachkommission erhielt ich den Auftrag, die Schlussberichte an der letzten Ratssitzung im Namen der Präsidien der aufgelösten Sachkommissionen vorzutragen. Ich halte also fest: Die Prüfung der Rechnung

2009 und die Inhalte der Schlussberichte fallen weder in meine Verantwortung noch in diejenige der im Mai 2010 neu gebildeten Sachkommission. Hingegen ist es mein Fehler, dass ich vorgängig nicht vehementer darauf hingewiesen habe, keine beteiligten Mitarbeitenden im Schlussbericht und im Rat öffentlich zu beschuldigen. Für diese Unterlassung entschuldige ich mich. Ich habe mich nach der Juni-Sitzung umgehend bei den betroffenen Personen telefonisch gemeldet und diese Begebenheit bereinigt. Aus meiner Sicht ist die Angelegenheit bereinigt. Falls noch Fragen offen sind, wenden Sie sich bitte an die betreffenden ehemaligen Sachkommissions-Präsidien.

Zu der neuen Sako: Die neu gebildete Sako hat sich gleich nach ihrer Wahl im Mai 2010 an der ersten Sitzung wie folgt konstituiert:

Nicole Kappeler und Mario Senn amten als 1. Vizepräsidentin bzw. 2. Vizepräsidenten.

Davide Loss ist 1. Kommissionssekretär und wird von Daniela Morf in der Funktion als 2. Kommissionssekretärin unterstützt.

In der Sako wird grundsätzlich in Zweierteams gearbeitet. Die Zuständigkeit der einzelnen Produktgruppen (PG) hat die Kommission auf die Teams so aufgeteilt, dass jedes Mitglied bei einer PG die Hauptverantwortung trägt:

Behörden, Kultur; Einwohnerkontakte; Zivilstandswesen: Davide Loss

Raumplanung: Simon Jacoby

Verkehr: Daniel Aebli

Versorgung: Harry Baldegger

Landschaft; Jugend und Sport: Nicole Kappeler

Sicherheit; Gesundheit, Umwelt: Markus Kuhn

Soziale Aufgaben: Daniela Morf

Bildung: Mario Senn

Die Kommission behält sich vor, Änderungen bei Bedarf vorzunehmen.

Transparenz, Offenheit und ein zügiger Austausch von Informationen im Sinne der Bring- und Holschuld ist mir als Präsident der Sachkommission ein hohes Anliegen. Ich werde alles daran setzen, um die Kommunikation zu fördern und eine gute Zusammenarbeit unter den verschiedenen Gremien sicher zu stellen. Für Fragen und Anregungen stehe ich gerne zur Verfügung.

1.8 Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen

keine

1.9 Protokolle

Zum Ratsprotokoll vom 12. Mai 2010 sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gilt dieses Protokoll als genehmigt.

Zum Ratsprotokoll vom 2. Juni 2010 sind von **Yannick Wettstein** folgende Berichtigungsanträge eingegangen:

S. 27 ...Die Schule ist im Vergleich zum Jahr 2000 um 5,9 Mio., d. h. 28,7 % teurer geworden" (nicht „pro Jahr“)

S. 37 Davide Loss (für Simon Jacoby) (nicht „für Yannick Wettstein“)

Die Anwesenden sind mit den Berichtigungsanträgen einverstanden und genehmigen das Protokoll vom 2. Juni 2010 mit diesen Korrekturen.

1.10 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am Mittwoch, 1. September 2010 statt.

1.11 Traktandenliste

Wie den Ratsmitgliedern bereits im Vorfeld mitgeteilt, stellt der Ratspräsident den Antrag, das Traktandum 6 von der Tagesordnung zu streichen und zuerst der RGPK zur Prüfung zu überweisen.

Die Anwesenden stimmen dem Antrag zu.

Die Traktanden 7 bis 9 werden folglich zu den Traktanden 6 - 8.

2. Einbürgerungsgesuche

Es wurden 8 Einbürgerungsgesuche gutgeheissen.

Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes im Protokoll nicht.

3. Globalbudget 2011 (SRB 116/10 und 147/10)

Antrag des Stadtrates, die Liste der Produkte und Ziele der Produktgruppen zu verabschieden und die Indikatoren und Sollwerte zur Kenntnis zu nehmen

Eintretensdebatte

Hanspeter Clesle, Präsident der Sachkommission:

Zum ersten Mal ist die gesamte Stadtverwaltung im Globalbudget (GB) integriert. Ebenfalls zum ersten Mal hat die neugebildete Sachkommission (Sako) mit Ausnahme der Produktgruppen (PG) Finanzen und Steuern - diese werden von der RGPK geprüft - sämtliche PG geprüft. Dies hat den erfreulichen Effekt, dass alle PG mit gleichen Ellen geprüft werden konnten, was früher mit den drei verschiedenen Sachkommissionen nicht unbedingt gewährleistet war. Die Sako ging gemäss der diesbezüglichen „Vereinbarung Gemeinderat - Stadtrat“ vor. Dabei stellte sie fest, dass die Zeit für die Prüfung der Liste der Produkte und Ziele der Produktgruppen sowie der Indikatoren und Sollwerte unpraktikabel kurz ist. Die Sako war durch diesen Zeitmangel gezwungen, Abstriche bei den Anhörungen von einzelnen Abteilungen vorzunehmen. Dies ist sehr bedauerlich, da der direkte Informationsaustausch eine zentrale Rolle bei den Prüfungsarbeiten spielt; es kann nicht alles via Korrespondenz erledigt werden. Der Sako ist bewusst, dass die Arbeit mit GB in einigen PG noch in den Kinderschuhen steckt. Umso mehr gilt es jetzt, Unklarheiten, Fehler usw. auszumerzen. So kommt es, dass die Sako 18 Vorstösse eingereicht hat. Ebenfalls hat die Sako festgestellt, dass sich infolge der erwähnten Vereinbarung eine Kompetenzenverschiebung ergeben hat. Die Liste der Produkte und die Ziele der PG liegen in den Kompetenzen des Gemeinderates. Hingegen sind die Indikatoren/Leistungsziele und die Sollwerte neu im Kompetenzbereich des Stadtrates. Die Konsequenz daraus ist, dass der Gemeinderat die PG-Ziele festlegen kann, aber wie und wann diese als erreicht gelten, entscheidet der Stadtrat. Sinn und Unsinn dieser Begebenheit ist noch genauer zu hinterfragen. Ebenso unsinnig ist die Terminfestsetzung der Abgabe von Globalbudget-Motionen, die auf die Gemeinderatssitzung vom Januar vorgesehen ist. Im Sitzungskalender 2011 ist keine Sitzung im Januar vorgesehen. Demzufolge müssten Globalbudget-Motionen in der Dezembersitzung, in der das Budget behandelt wird, überwiesen werden, was sich als nicht sinnvoll erweisen wird.

Die Vereinbarung muss zwingend in den genannten und anderen Punkte in der Präsidentenkonferenz analysiert werden, und es muss eine Verbesserung angestrebt werden. Sowohl der Präsident der RGPK als auch ich bieten auf jeden Fall Hand dazu. Die Kommission erarbeitete 18 Vorstösse, sechs Anträge zu den Zielen der PG und zwölf Globalbudget-Postulate zu Indikatoren bzw. Leistungsziele. Die Kommission legt viel Wert darauf, dass hohe, aber erreichbare Ziele gesetzt werden, und dass informationsbringende Indikatoren festgehalten werden, die möglichst genaue Resultate zur erbrachten Leistung liefern. Ein sehr brauchbares Instrument zur Förderung der Transparenz ist z. B. die Ausweisung eines Kostendeckungsgrades. Wo immer möglich, möchte die Kommission diesen Indikator integriert sehen.

Gerne weise ich im Namen der Sako auf die idealen Steuerungsmöglichkeiten des Globalbudgets hinweisen. Die Sako empfiehlt dem Gemeinderat, die von ihr einstimmig

beschlossenen Anträge und Globalbudget-Postulate zu unterstützen.

Yannick Wettstein, Präsident der RGPK:

Die GRPK hat die beiden Produktgruppen Steuern und Finanzen geprüft, und sie hat keine Einwände. Uns ist ein wichtiges Anliegen, dass für die erbrachten Leistungen repräsentative Indikatoren und erreichbare Leistungsziele entwickelt werden können.

Roger Neukom:

Heute ist es das erste Mal in der Geschichte des Gemeinderates, dass alle Bereiche der Stadt Adliswil mit Global-Budgets vorliegen. Wir beschliessen, welche Leistungen die Exekutive für Adliswil bereitstellen soll. Dies bedingt eine neue Rolle des Parlaments - es geht darum, strategisch zu denken. Die FDP-/EVP-Fraktion findet, dass diese Flughöhe dem Parlament viel eher gerecht wird als der ständige Versuch, der Exekutive reinzureden und operativ mitzubestimmen. Unabdingbar ist dabei, dass der Gemeinderat diese Instrumente auch nutzt. Die Sachkommission (Sako) hat hier eindruckliche Vorarbeit geleistet und innert kurzer Zeit 18 Anträge erarbeitet. Dieses Vorgehen und die Einflussnahme des Parlamentes auf die Arbeit der Exekutive begrüssen wir sehr. Im Besonderen finden wir es gut, dass Kostendeckungsgrade über weite Teile gefordert werden. Neben Zielen und Globalbudgetbetrag erhält der Gemeinderat so ein weiteres Steuerungsinstrument, das Transparenz schafft. Im Weiteren ermöglicht uns dies abzuschätzen, wie viel eine Leistung die Steuerzahlenden kostet. Damit werden Grundlagen für die Aufgabenverzichtsplanung gelegt, wie sie die FDP-/EVP-Fraktion bereits in der Juni-Sitzung dieses Jahres gefordert hat. Gleichwohl sehen wir aber auch Schwächen, die es in den kommenden Jahren auszumerzen gilt. So ist es beispielsweise nicht einleuchtend, weshalb die Indikatoren ausschliesslich vom Stadtrat festgelegt werden. Damit entscheidet die Exekutive selbst, ob sie die Ziele, die wir als Gemeinderäte dem Stadtrat setzen, erreicht hat. Im Weiteren finden wir es problematisch, dass gemäss Vereinbarung Globalbudget-Motionen bis Ende Januar überwiesen werden müssen. Weiss das Büro des Gemeinderates bereits, was dies bedeutet? Wir müssten die Januar-Sitzung einführen oder die Globalbudget-Motionen gleichzeitig mit dem Budget in der Dezember-Sitzung behandeln. Damit erreicht der Stadtrat, dass niemand eine Global-Budgetmotion einreichen wird, sondern wir alle werden – wie heute auf Antrag der Sako – selbst an den Zielen herumschrauben, alternativ Texte vorschlagen und die Exekutive aushebeln. Wird nicht geändert, dass Global-Budgetmotionen auch im Februar oder im März behandelt werden können, bringt es aus unserer Sicht nichts. Trotz allem Verbesserungsbedarf freut sich die FDP-/EVP-Fraktion auf die neuen Instrumente. Wir unterstützen alle Anträge der Sako einstimmig und bitten alle, diesen ebenfalls zuzustimmen.

Datailberatung

Produktgruppe Behörden:

Hier liegt ein Globalbudget-Postulat von der Sachkommission vor.

Stadtpräsident Harald Huber:

Einleitend zum ersten Globalbudget-Postulat teile ich mit, dass der Stadtrat alle entgegen nimmt. Es freut mich, dass so viele eingegangen sind, denn das zeigt, dass das Parlament mit den Instrumenten aktiv arbeitet. Ich glaube auch, dass die vorhin angetönten Fragen miteinander beraten und dafür Lösungen gefunden werden können.

Globalbudget der Sachkommission:

„Globalbudget-Postulat: PG Behörden (allgemein)

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob ein Indikator eingeführt werden kann, der die Arbeit der Behörden anhand der Gutheissungsquote von Rechtsmitteln sämtlicher Adliswiler Behörden (exkl. Baubehörde, die bereits einen solchen Indikator kennt) misst.

Begründung: Staatliches Handeln fusst immer auf rechtlichen Grundlagen. Die Qualität der Behördenarbeit kann nach Meinung der Kommission mit diesem Indikator sehr gut gemessen werden.“

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt, somit gilt das Postulat als überwiesen.

Produktegruppe Einwohnerwesen/Zivilstandswesen:

Hier liegt folgendes Globalbudget-Postulat von der Sachkommission vor:

„Globalbudget-Postulat: PG Einwohnerwesen

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob ein Indikator eingeführt werden kann, der beim Indikator 2.1 der Produktgruppe Einwohnerwesen die Beanstandungen aus der Bevölkerung misst.

Begründung: Die Kommission erachtet es als sinnvoll, wenn neben den Beanstandungen von anderen Amtsstellen auch die Beanstandungen aus der Bevölkerung ausgewiesen werden. Dies stärkt das Vertrauen in das Wirken der Stadtverwaltung.“

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt, somit gilt das Postulat als überwiesen.

Produktegruppe Finanzen:

keine Wortmeldung

Produktegruppe Steuern:

keine Wortmeldung

Produktegruppe Raumplanung:

keine Wortmeldung

Produktegruppe Verkehr:

Hier liegt ein Antrag der Sachkommission vor. **Daniel Aebli**, Sprecher der Sachkommission, stellt den Antrag vor:

„Antrag der Sachkommission an den Gemeinderat zur PG Verkehr:

Ziel 1 der PG Verkehr („Öffentlicher Verkehr“) gemäss Antrag des Stadtrates wird wie folgt geändert: „Der Stadtrat koordiniert den öffentlichen Verkehr und setzt sich in den relevanten Gremien für die Bedürfnisse Adliswils ein. Der ÖV soll eine wirtschaftliche,

benutzerfreundliche und bedürfnisgerechte und umweltschonende Alternative zum motorisierten Individualverkehr beitragen.

Begründung: Die relevanten Entscheidungen werden nicht von der Stadt Adliswil alleine getroffen. Ziele sollen aber so formuliert sein, dass ihr Erreichen im Einflussbereich der beauftragten städtischen Verwaltungsstellen ist. Dies ist beim vorgeschlagenen Indikator nicht der Fall. Hingegen gehört die Einflussnahme in den relevanten Gremien im Interesse der Adliswiler Bevölkerung dazu."

Stadtrat Patrick Stutz:

Das Ziel, das die Sachkommission beantragt, ist eigentlich bereits erfüllt. Es ist Chefsache, der Ressortvorsteher nimmt in den entsprechenden Gremien auf den öffentlichen Verkehr Einfluss - wir übernehmen das Ziel gerne.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Produktegruppe Versorgung:

Hier liegen zwei Globalbudget-Postulate der Sachkommission vor.

Erstes Postulat:

„Globalbudget-Postulat: PG Versorgung (Wasser)

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob ein neuer Indikator (Indikator 1.4) „Alle Hydranten gemäss Hyko Protokoll mit Priorität 1 sind revidiert“ eingeführt werden kann.

Begründung: Der Unterhalt der Hydranten wird von der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich subventioniert. Funktionierende Hydranten sind für einen sicheren Löschschutz notwendig."

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt, somit gilt das Postulat als überwiesen.

Zweites Postulat:

„Globalbudget-Postulat: PG Versorgung (Wasser)

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob ein neuer Indikator (Indikator 1.5) „Unterbruch der Trinkwasserversorgung bei Netzunterbrüchen, < 4 Stunden“ eingeführt werden kann.

Begründung: Zur Versorgungssicherheit gehört, dass Trinkwasserunterbrüche möglichst schnell behoben werden. Gemäss Stadtrat Patrick Stutz sind die für diesen Indikator notwendigen Daten bereits vorhanden und könnten als Indikator aufgenommen werden."

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt, somit gilt das Postulat als überwiesen.

Produktegruppe Landschaft:

keine Wortmeldung

Produktegruppe Sicherheit:

Hier liegt ein Globalbudget-Postulat der Sachkommission vor:

„Globalbudget-Postulat: PG Sicherheit (Ziel 1)

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob ein neuer Indikator zur Messung der Reaktionszeit (Dauer bis zum Eintreffen von Polizeikräften am Ort des Geschehens) der Polizeikräfte eingeführt werden kann.

Begründung:

Die Reaktionszeit ist aus Sicht der Kommission zentrales Element bei der Verbrechensbekämpfung.“

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt, somit gilt das Postulat als überwiesen.

Produktegruppe Gesundheit, Umwelt:

keine Wortmeldung

Produktegruppe Soziale Aufgaben:

Hier liegen ein Globalbudget-Postulat und ein Antrag der Sachkommission vor.

Globalbudget-Postulat:

„Globalbudget-Postulat: PG Soziale Aufgaben (Ziel 1)

Der Stadtrat wird eingeladen zur prüfen, ob beim Indikator 1.2 die *Anzahl* gutgeheissener Rekurse durch den *Prozentsatz* ersetzt werden kann.

Begründung: Aus Sicht der Kommission ist ein Prozentwert aussagekräftiger, da sich der absolute Wert der behandelten Rekurse stetig ändern kann.“

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt, somit gilt das Postulat als überwiesen.

Antrag - **Daniela Morf**, Sprecherin der Sachkommission, stellt den Antrag vor:

„Antrag der Sachkommission an den Gemeinderat zur PG Soziale Aufgaben:

Ziel 2 („interne und externe Dienstleister“) wird wie folgt geändert: „Beiträge an externe Dienstleister“.

Begründung: Es sollen nur die externen Dienstleister erfasst werden, interne Dienstleister werden anderenorts abgebildet.“

Stadträtin Susy Senn:

Wir entschuldigen uns, dass dies nicht von uns direkt geändert worden ist, und wir bitten Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag der Sachkommission zu.

Produktegruppe Jugend + Sport:

Hier liegt ein Globalbudget-Postulat der Sachkommission vor:

„Globalbudget-Postulat: PG Jugend + Sport (Ziel 1)

Der Stadtrat wird eingeladen zur prüfen, ob ein Indikator zur Erhebung des Kostendeckungsgrad bei der Bibliothek eingeführt werden soll.

Begründung: Es spricht nichts dagegen, den Kostendeckungsgrad der Bibliothek auszuweisen. Damit kann der Steuerzahler rasch erkennen, wie viel ihn dieses Angebot

kostet."

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt, somit gilt das Postulat als überwiesen.

Produktegruppe Bildung:

Hier liegen fünf Globalbudget-Postulate und vier Anträge der Sachkommission vor.

Erstes Postulat:

„Globalbudget-Postulat: PG Bildung (Schulpflege)

Der Stadtrat wird eingeladen zur prüfen, ob der Indikator 1.1.1 "Regelmässige Schulpflegesitzungen" gestrichen werden kann und ob ein zusätzlicher Indikator, der besser geeignet ist, die Zielerreichung zu überprüfen.

Begründung: Die Anzahl Schulpflegesitzungen gibt keine Auskunft darüber, ob das Ziel 1.1 erreicht wurde. Es sollen weitere Indikatoren vorgeschlagen werden, die über die Zielerreichung Auskunft geben."

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt, somit gilt das Postulat als überwiesen.

Zweites Postulat:

„Globalbudget-Postulat: PG Bildung (Kindergarten/Primarschule)

Der Stadtrat wird eingeladen zur prüfen, ob ein zusätzlicher Indikator "Prozentualer Anteil der fremd platzierten Schülerinnen und Schüler" eingefügt werden kann.

Begründung: Die in 2.2.1 angegebene Anzahl fremd platzierte Schülerinnen und Schüler (≤ 26) ist im Hinblick auf ständig wechselnde und in den kommenden Jahren wohl wachsende Schülerzahlen nicht sehr aussagekräftig. Deshalb soll ein Prozentwert zusätzliche Klarheit schaffen."

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt, somit gilt das Postulat als überwiesen.

Drittes Postulat:

„Globalbudget-Postulat: PG Bildung (Sekundarschule)

Der Stadtrat wird eingeladen zur prüfen, ob ein zusätzlicher Indikator "Prozentualer Anteil der fremd platzierten Schülerinnen und Schüler" eingefügt werden kann.

Begründung: Die in 3.2.1 angegebene Anzahl fremd platzierte Schülerinnen und Schüler (≤ 19) ist im Hinblick auf ständig wechselnde und in den kommenden Jahren wohl wachsende Schülerzahlen nicht sehr aussagekräftig. Deshalb soll ein Prozentwert zusätzliche Klarheit schaffen."

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt, somit gilt das Postulat als überwiesen.

Erster Antrag - **Mario Senn**, Sprecher der Sachkommission, stellt den Antrag vor:

„Antrag der Sachkommission an den Gemeinderat zur PG Bildung:

Ziel 4 (Musikschule) wird ergänzt durch den Satz: „Der Kostendeckungsgrad beträgt zwischen 55 % und 60 %." Begründung: Einerseits ist der Kostendeckungsgrad immer eine wichtige Zielgrösse, andererseits soll die Musikschule nach Möglichkeit von den Schülern bzw. deren Erziehungsberechtigten finanziert werden. Die Schule sollte ihren Spielraum ausnutzen und einen möglichst hohen Kostendeckungsgrad anstreben. Der Wert von 55 % bis 60 % wurde durch den Gemeinderat am 1. Juli 1992 beschlossen."

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag der Sachkommission zu.

Zweiter Antrag - **Mario Senn**, Sprecher der Sachkommission, stellt den Antrag vor:

„Antrag der Sachkommission an den Gemeinderat zur Produktgruppe Bildung:
Bei Ziel 6.1 („Betreuung“) wird der letzte Nebensatz gemäss Antrag des Stadtrates „die Erziehungsberechtigten bezahlen einkommensabhängige Gebühren für die Benutzung“ durch „der Kostendeckungsgrad beträgt mindestens 40 %“ ersetzt.

Begründung: Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 17. Dezember 2008 seinem Willen Ausdruck gegeben, den Kostendeckungsgrad auf mindestens 50 % zu setzen. Dieses Ziel ist mittelfristig anzustreben. Ob die Gebühren einkommensabhängig erhoben werden oder nicht, ist Sache der Schulpflege. Sie sollte allerdings bedenken, dass Umverteilung kein Grundauftrag der Schule ist. Auch sollte der administrative Aufwand zur Ermittlung der Gebühren nicht zu hoch sein. Sinnvollerweise wird der Kostendeckungsgrad auch als Indikator aufgeführt.“

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag der Sachkommission zu.

Dritter Antrag - **Mario Senn**, Sprecher der Sachkommission, stellt den Antrag vor:

„Antrag der Sachkommission an den Gemeinderat zur Produktgruppe Bildung:
Ziel 6.2 („Förderung Frei- und Ferienzeit“) gemäss Antrag des Stadtrates wird ergänzt durch den Satz „der Besuch von Erwachsenen erfolgt kostendeckend“.

Begründung: Der Kostendeckungsgrad sämtlicher fakultativer Angebote soll ausgewiesen und ein fixes Instrument in den Händen des Gemeinderates sein. Es geht darum festzustellen, welche Leistung den Steuerzahler wie viel kostet.“

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag der Sachkommission zu.

Vierter Antrag - **Mario Senn**, Sprecher der Sachkommission, stellt den Antrag vor:

„Antrag der Sachkommission an den Gemeinderat zur Produktgruppe Bildung:
Das Ziel 7.1 („Therapie und Soziales“) zur Schulsozialarbeit gemäss Antrag des Stadtrates wird umformuliert: „Die Schulsozialarbeit stellt die professionelle Unterstützung von Schulkindern, Lehrpersonen, Behörden und Erziehungsberechtigten bei Bedarf und in schwierigen Fällen sicher. Durch präventive Arbeit sollen alle Beteiligten vermehrt in der Lage sein, Eigen- und Fremdverantwortung zu übernehmen und in Zukunft adäquat mit schwierigen Situationen umzugehen.“ Begründung: Die Schulsozialarbeit soll nicht die Aufgabe haben, bei jedem Schüler einzugreifen. Es soll sich um ein Instrument für schwierige Fälle und komplexe Situationen handeln, das durch präventive Arbeit solche Vorfälle möglichst verhindern soll. Leistungsempfänger der Schulsozialarbeit sind nicht bloss Schulkinder, sondern im Besonderen auch die betroffenen Lehrpersonen.“

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag der Sachkommission zu.

Viertes Postulat:

„Globalbudget-Postulat: PG Bildung (allgemein)

Der Stadtrat wird eingeladen zur prüfen, ob der Leistungsumfang der PG Bildung so geändert werden kann, dass der Leistungsumfang nicht durch Ungleichzeichen, sondern durch klare Werte ausgedrückt wird.

Begründung: Die Schule hat Berechnungen angestellt, die zu den beantragten Werten führten. Diese Zahlen soll sie offen legen. Bspw. bei der Anzahl der Kindergartenklassen soll nicht >16 stehen, sondern bspw. 16 - 17. Der Gemeinderat ist nicht bereit, Zahlen ohne Obergrenze festzulegen. Bildung ist die einzige Produktgruppe, die beim Leistungsumfang von Ungleichzeichen Gebrauch macht.“

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt, somit gilt das Postulat als überwiesen.

Fünftes Postulat:

„Globalbudget-Postulat: PG Bildung (Schulergänzende Angebote)

Der Stadtrat wird eingeladen zur prüfen, ob bei Ziel 6.2 („Förderung Frei- und Freizeit“) zwei zusätzliche Indikatoren "Kostendeckungsgrad (Kurs-)Besuche durch Jugendliche und Schulkinder" und "Kostendeckungsgrad (Kurs-)Besuche durch Erwachsene" eingefügt werden können.

Begründung: Der Kostendeckungsgrad sämtlicher fakultativer Angebote soll ausgewiesen und ein fixes Instrument in den Händen des Gemeinderates sein. Es geht darum festzustellen, welche Leistung den Steuerzahler wie viel kostet. Die grössere Transparenz stärkt das Vertrauen in das Wirken der Verwaltung.“

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt, somit gilt das Postulat als überwiesen.

4. Buslinie 156 (SRB107/10)

Antrag des Stadtrates für die Weiterführung des Versuchsbetriebes der Buslinie 156 Adliswil-Rüschlikon-Thalwil ab 2011 bis maximal 2014 jährlich einen Kredit von 78'000 Franken zu bewilligen

Farid Zeroual, Referent der RGPK:

Auf Initiative von Adliswil beschlossen die Stadt- und Gemeinderäte Adliswil, Thalwil und Rüschlikon im Jahr 2006, die Buslinie 156 auf Basis von §20 des Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) für die Fahrplanperiode 2007/08 probenhalber einzuführen. Die Gemeinden verlängerten diesen Versuch für die Jahre 2009/10 und bewilligten ihre anteilmässigen Kredite. Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) ist gegenwärtig wegen finanziellen Engpässen trotz erfüllter Vorgaben bezüglich Einsteigern pro Kurs als auch des geforderten Kostendeckungsgrad nicht bereit, diese Buslinie ins Verbundangebot zu übernehmen. Zur Sicherstellung einer guten Anbindung Adliswils an den öffentlichen Verkehr in der Region unterbreitet der Stadtrat dem Gemeinderat mit dem vorliegenden Geschäft drei Anträge. Die RGPK hat das Geschäft geprüft und die bestehenden Vorbehalte berücksichtigt. Bei der Prüfung sind der RGPK hauptsächlich aufgefallen:

- Das ursprünglich in der Planungsphase geschätzte Potenzial von rund 130'000 Passagieren konnte mit insgesamt 96'000 Fahrgästen bereits im ersten Betriebsjahr zu 75 % erreicht werden. 2009 waren es bereits über 114'000 (88 % des prognostizierten Potenzials von 130'000 Passagieren), und die durchschnittliche Anzahl Einsteiger betrug pro Kurs sogar 16 Personen, was die vom ZVV geforderten 10 deutlich übertrifft.
- Die Buslinie 156 ist somit seit deren Einführung ein grosser Erfolg und entspricht der Zielsetzung des Adliswiler Legislaturplan 2006 - 2010, das öffentliche Verkehrsnetz um eine Verbindung zu den Seegemeinden zu ergänzen.

Am 23. Februar 2009 legte der Kantonsrat in seinem Beschluss betreffend Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr u. a. folgendes fest:

- Das Busangebot zwischen Siedlungsschwerpunkten ist zu verdichten.
- Wo nötig, wird das Angebot angepasst. Im engeren Agglomerationsgürtel der Stadt Zürich wird es schrittweise auf städtisches Niveau (15 Min. Takt) angehoben.

Trotzdem und entgegen früherer Zusagen teilte die Präsidentin des Verkehrsrates auf eine gemeinsame Eingabe der drei Gemeinden mit, dass es aufgrund der verschlechterten finanziellen Rahmenbedingungen weder für die Direktion des ZVV noch für den Verkehrsrat möglich sei, eine verbindliche Aussage zu machen, wann die Buslinie 156 ins Verbundangebot übernommen werden könnte. Dies ist bedauerlich, da nun mindestens bis Dezember 2012 die beteiligten Gemeinden für die Betriebskosten aufkommen müssen. Zum Vorbehalt der Mitfinanzierung durch die Gemeinden Rüschlikon und Thalwil kann folgendes festgehalten werden:

- Die Gemeinde Rüschlikon hat den jährlich wiederkehrenden Kredit für die Weiterführung der Buslinie 156, befristet bis 2014, am 30. April 2010 bewilligt.
- Die Gemeinde Thalwil hat den jährlich wiederkehrenden Kredit für die Weiterführung der Buslinie 156, befristet bis 2013, am 16. Juni 2010 bewilligt.

Die RGPK beantragt einstimmig, diesem Geschäft zuzustimmen.

Stadtrat Patrick Stutz:

Der öffentliche Verkehr hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen, sei es aus ökologischen Gründen den Individualverkehr zu reduzieren oder aber die Lebens- und Standortqualität einer Gemeinde oder Stadt zu erhöhen. Wer nicht über einen guten ÖV-Anschluss verfügt, ist weder zum Wohnen noch für Firmen attraktiv. Auch für die grossen Adliswiler Firmen ist die Verbindung wichtig - dies zeigt sich auch in ihrer Kostenbeteiligung. Im 2009 konnten 114'000 Personen befördert werden - ein Erfolg. Leider konnte der ZZV dieses Erfolgsmodell noch nicht überführen, obwohl der 156er alle Anforderungen erfüllt. Die Gründe sind bereits erwähnt worden. Auch für Thalwil und Rüschlikon ist diese Querverbindung wichtig. Beide Gemeinden haben ihre Kostenbeteiligung bis maximal 2014 bereits bewilligt, obwohl vor allem wir mit den Pendlern von und nach Thalwil profitieren. Eine Garantie, dass der Bus 156 ins ZVV-Angebot übernommen wird, haben wir nicht, die Chancen stehen aber gut. Der nächste Fahrplanwechsel findet 2013 statt. Ziel aller drei Gemeinden ist, dass dann die Linie 156 vom ZVV übernommen wird. Dementsprechend werden wir schon im kommenden September mit den anderen beiden Gemeinden wieder beim ZVV vorsprechen.

Barbara Häberli:

1987 haben die Gemeinderäte Mario Fehr und Hans Ulrich Gürber ein Postulat für eine Busverbindung zwischen Adliswil und Thalwil eingereicht. Seit Jahrzehnten ist diese Verbindung für die SP ein wichtiges Anliegen. So haben wir uns während Jahren im Gemeinderat immer wieder dafür eingesetzt. Die Buslinie 156 ist demnach ein voller Erfolg und gibt dem langjährigen Einsatz der SP Recht. Dass der ZVV entgegen der bisherigen Praxis diesen Versuchsbetrieb nicht übernommen hat, ist eine grosse Enttäuschung. Letztlich ist der Bus 156 ein Opfer der Sparmassnahmen des bürgerlichen Kantonsrats. Dass Rüschlikon und Thalwil einer erneuten Verlängerung des Versuchsbetriebes zugestimmt haben, ist ein klares Zeichen: Der Öffentliche Verkehr geniesst hohe Akzeptanz und soll weiter ausgebaut werden. Rüschlikon und Thalwil zeigen auch, dass jetzt mit Vernunft dieser Versuchsbetrieb weitergeführt werden muss, damit der 156er möglichst bald vom ZVV übernommen wird. Ich bitte Sie, schliessen Sie sich dem klaren „JA“ der beiden Gemeinden zur Buslinie 156 an und stimmen dem vorliegenden Antrag zu.

Beschlüsse

- 4.1 Der Für die Weiterführung des Versuchsbetriebes wird zulasten des Budgets 2011 und 2012, Laufende Rechnung, Kto.-Nr. 380.3180.00, ein Kredit von brutto je 78'000 Franken (inkl. 7,6 % MwSt) pro Jahr, unter Vorbehalt der Mitfinanzierung gemäss Kostenverteilungsschlüssel durch Rüschlikon und Thalwil, bewilligt:
Zustimmung.
- 4.2 Der Kredit für die Fahrplanjahre 2013 und 2014, analog Ziffer 4.1, wird bis zur definitiven Aufnahme ins reguläre Verbundangebot des ZVV, d.h. maximal bis und mit Fahrplanjahr 2014, bewilligt:
Zustimmung.
- 4.3 Der Kredit vermindert oder erhöht sich je nach Grösse der Einnahmeausscheidung des ZVV, der (ZVV-)Teuerung sowie dem Kostenbeitrag Dritter:
Zustimmung.

5. Anzahl Wahlbüromitglieder 2010 - 2014 (SRB151/10)

Antrag des Stadtrates auf Festlegung der Anzahl der Wahlbüromitglieder auf 75 - 90 Personen

Aus dem Rat wird das Wort nicht verlangt.

Beschlüsse

- 5.1 Die Anzahl der Wahlbüromitglieder wird zwischen 75 - 90 Personen festgelegt:
Zustimmung.
- 5.2 Der Stadtrat wird ermächtigt, die nötige Anzahl Personen innerhalb der o.g. Bandbreite für das Wahlbüro zu bestimmen und zu wählen:
Zustimmung.

6. Fristverlängerung für zwei Motionen (SRB 136/10 und 137/10)

Anträge des Stadtrates um Fristverlängerung von sechs Monaten für die Beantwortung der beiden Motionen „gemeinsames Liegenschaftenzentrum“ und „Integration der Schule in den Stadtrat“

Franco Rossi, Motionär, zur Motion „gemeinsames Liegenschaftenzentrum“:

Die Motion ist vom Gemeinderat klar überwiesen worden mit dem Wunsch, die Frist für die Berichterstattung nicht voll auszuschöpfen. Wir sind gespannt auf die Antwort und werden dann entsprechend reagieren.

Max Stenz:

Liegenschaften bedürfen einer professionellen Überwachung und Unterhalt. Sowohl das Erstellen als auch das Erhalten kostet viel Geld. Geld, das wir als Politiker umsichtig und sparsam zu verwenden haben. Auf der Suche nach Einsparungen haben die Motionäre die Zusammenlegung von zwei fast gleichen Liegenschaftsverwaltungen zu erwirken versucht und diese Motion mit grossem Erfolg an den Stadtrat überwiesen. Der Stadtrat hat darin offensichtlich keine Dringlichkeit erkannt, obwohl dahinter wahrscheinlich ein grosses Einsparungspotenzial steckt. Die Gründe dafür sind schwierig zu finden. Man hat gehört, die Rechnung habe ja wieder einmal gut abgeschlossen. Aber auch die Wahlen standen vor der Tür und wie man jetzt erfährt, seien plötzlich umfangreiche juristische Abklärungen ein Hindernis gewesen. Der Stadtrat hat dieses Geschäft einfach liegengelassen, unverständlich, nachdem wir alle die Nadel im Heuhaufen suchen um herauszufinden, warum die Stadtkasse immer noch defizitär arbeitet.

Was in den beiden Liegenschaftsverwaltungen läuft, ist für mich nicht transparent. Von der Schule erfährt man wenigstens bruchstückhaft in der Presse, was wieder einmal im Argen liegt, vom Stadtrat hört man überhaupt nichts. Eigentlich möchte ich mich damit auch nicht befassen. Viel lieber wäre mir die Gewissheit, dass wir eine gut funktionierende Liegenschaftsverwaltung haben. Wassereinbruch im Hofern, panische Sanierung von Kindergarten etc. sind Schlagworte aus der Presse. Dem Baufachmann sträuben sich die Haare. Es klingt nach Überforderung der jeweiligen Liegenschaftsverwaltung. Aber auch dem Politiker stehen die Haare zu Berge, weil der Unterton, dies sei auf eine Pflasterlipolitik des Gemeinderates zurückzuführen, nur eines beweist: Schule und Gemeinderat arbeiten auch nach den Wahlen, nach all den Versprechungen und Stimmen bringende Aussagen, nach wie vor gegeneinander. Das kann ja nicht gut gehen. Dieser Zustand muss jetzt ohne Aufschub verbessert werden. Ich fordere die Schule und den Stadtrat auf, zukünftig dem Gemeinderat bessere Informationen zu liefern. Die Schule benötigt und fordert immense Mittel, der Gemeinderat will sie mit gutem Gewissen bewilligen. Mit Information meine ich nicht nackte Zahlen, sondern z. B. einen jährlichen Round Table zwischen Schule und Gemeinderat. Den Stadtrat fordere ich auf, dafür zu sorgen, dass diese Kommunikation geordnet zustande kommt. Und bezüglich Motion: Diese muss umgehend umgesetzt werden. Ihr kommt in der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Schule eine hohe Bedeutung zu. Darum setzt die Fraktion der Freien Wähler heute ein Zeichen und akzeptiert das grobe Versäumnis des Stadtrates nicht. Unser Nein zur Fristerstreckung hat einen symbolischen Charakter, das sind wir uns bewusst. Aber genau darum bitte ich jetzt schon um Auszählung der Stimmen.

Franco Rossi:

Der vorliegende Antrag zeigt auf, dass es auch innerhalb eines Jahres unmöglich ist, in den beiden Exekutiven ergebnisorientierte Lösungen zu finden. Nach einer Information vor einem halben Jahr, in der inhaltlich von Stillstand an allen Fronten gesprochen wurde, war ein solches Ergebnis leider zu befürchten.

Franco Rossi macht dann weitere Ausführungen mit dem Vergleich „Politklinik“.

Barbara Häberli:

Franco Rossi, ich finde es eine Zumutung, dass ich mir dein Votum anhören musste.

Beschluss

Für die Beantwortung der Motion zur Führung eines gemeinsamen Liegenschaftenzentrums von Stadt und Schule wird eine Fristverlängerung um sechs Monate (Ende November 2010) bewilligt:

Zustimmung mit 25 : 5 Stimmen.

Renato Günthardt, Motionär, zur Motion „Integration der Schule in den Stadtrat“:

Die Gesprächsbereitschaft der Schule bezüglich der beiden Motionen ist bezeichnend, wenn die Schulpräsidentin das Ratsplenum schon vor Beratung dieser Fristverlängerungsanträge verlässt. Ich bin mit der Fristerstreckung um sechs Monate einverstanden, verlange nun aber vom Stadtrat und der Schulpflege, dass das Geschäft unverzüglich angegangen wird. Es kann nicht Sinn und Zweck sein, dass der Gemeinderat frühzeitig eine Motion überweist, die bis zum Beginn der neuen Amtsperiode 2014 in Kraft sein muss, und der Stadtrat und die Schule schieben diese dann einfach vor sich her. Es war gerade auch die Absicht der Mehrheit des Gemeinderates, die Motion zeitlich so zu überweisen, dass für den Stadtrat und die Schule genügend Zeit bleibt, um eine gute und akzeptable Vorlage auszuarbeiten. Ich bin überzeugt, dass der Stadtrat das ebenso sieht. Eine abweichende Haltung habe ich zur Aussage des Stadtrates, dass meine Motion in einem engen Kontext zur Motion von Franco Rossi stehen würde und somit gleichzeitig beantwortet werden müsse. Die Motion von Franco Rossi soll in der Übergangsphase, also bis zur Eingliederung des Schulpräsidiums in den Stadtrat auf Beginn der Amtsperiode 2014 - 2018, die Liegenschaftenteile unter einer gemeinsamen Leitung zusammenführen. Es ist also die klare Absicht, dass die Motion von Franco Rossi so schnell wie möglich umgesetzt wird, währenddessen meine Motion erst auf Beginn der Amtsperiode 2014 in Kraft treten soll. Deshalb bitte ich den Stadtrat, diese beiden Motionen unterschiedlich zu behandeln.

Beschluss

Für die Beantwortung der Motion zur Integration der Schule in den Stadtrat wird eine Fristverlängerung um sechs Monate (Ende November 2010) bewilligt:

Zustimmung.

7. Fussgängerstreifen Leimbachstrasse

Postulat von Hanspeter Clesle und neun Mitunterzeichneten betr. Fussgängerstreifen Leimbachstrasse

Hanspeter Clesle und neun Mitunterzeichnete haben am 21. Juni 2010 folgendes Postulat eingereicht:

„In der allgemeinen Fragestunde anlässlich der Sitzung vom 2. Juni 2010 hat sich herausgestellt, dass an der Leimbachstrasse in diesem Sommer Massnahmen zur Verkehrsberuhigung umgesetzt werden. Dies geschieht in Form von weissen Parkplätzen, die am Strassenrand links und rechts versetzt angebracht werden. Deshalb reiche ich folgendes Postulat ein:

Der Stadtrat wird eingeladen, in Absprache mit dem Kanton zu prüfen, wo und wie viele Fussgängerstreifen im Zusammenhang mit der Verkehrsberuhigung an der Leimbachstrasse realisiert werden können.

Begründung:

Die gut befahrene Leimbachstrasse wird von vielen Bewohnern des Quartiers Oberleimbach überquert, wenn sie zum Bahnhof Sood-Oberleimbach oder zum Schulhaus Zopf gelangen wollen. Besonders starke Fussgänger-Frequenzen sind morgens, abends (je nach Jahreszeit in der Dämmerung) auch mittags durch Schulkinder festzustellen.

Die vorgeschlagene Versetzung der Parkplätze dient zwar als Verkehrsberuhigungsmassnahme, reduziert aber die Übersichtlichkeit. Gerade jüngere Schulkinder sind nicht in der Lage, über die parkierten Autos hinweg zu sehen und zu beurteilen ob die Strasse gefahrlos überquert werden kann. Eine klare Signalisation durch gelbe Gehstreifen würde die Fussgängersicherheit entscheidend steigern. Die Strassenüberquerungen auf der Höhe Jägerhof-/Gstalterstrasse und im Besonderen die Überquerung auf der Höhe Glärnisch- respektive Rainstrasse würde mittels Anbringung von Fussgängerstreifen kanalisiert und erheblich erleichtert werden. Ausserdem würde die Aufmerksamkeit der Autofahrer so örtlich angehoben.

Mit wenig Aufwand und Kosten kann massgebend Klarheit und mehr Sicherheit für die zahlreichen Benutzer der Leimbachstrasse geschaffen werden.“

Hanspeter Clesle, zur Begründung:

In der allgemeinen Fragestunde anlässlich der Sitzung vom 2. Juni 2010 hat sich herausgestellt, dass an der Leimbachstrasse in diesem Sommer Massnahmen zur Verkehrsberuhigung umgesetzt werden. Dies geschieht in Form von weissen Parkplätzen, die am Strassenrand links und rechts versetzt angebracht werden. Erstaunlicherweise wurde dieses Vorhaben zufällig durch meine Frage bekannt. Bis anhin wurde die Öffentlichkeit nicht darüber orientiert. Das Erstellen von weissen, nichtkostenpflichtigen Parkplätzen muss vorgängig nicht publiziert werden. Trotzdem würde die Transparenz der Arbeit der Stadt Adliswil durch vorgängige Bekanntmachungen profitieren und von der Adliswiler Bevölkerung begrüsst werden.

Bereits im Jahr 2007 engagierte ich mich als Mitinitiant der Petition „für verbesserte Fussgängersicherheit Kreuzung Zeltg- Leimbachstrasse“ für mehr Sicherheit auf Quar-

tierstrassen. Das Resultat überzeugte damals auch die Kantonsvertreter bei einer Begehung. Genauso wie vor rund drei Jahren können lebensentscheidende Verbesserungen und mehr Sicherheit mit kleinem Aufwand realisiert werden. Verpassen wir diese Chance nicht. Die Leimbachstrasse verfügt über ein linkes und rechtes Trottoir. Interessanterweise endet das eine in der Mitte. Der Fussgänger wird gezwungen, die Leimbachstrasse zu überqueren. Gerade an dieser Stelle ist kein Fussgängerstreifen zu finden. Weiter unten führt eine Treppe vom erhöhten Trottoir mitten auf die Strasse. Dort ist der Übergang ebenfalls nicht klar signalisiert. Es ist also zwingend notwendig die Fussgängersicherheit der Leimbachstrasse zu prüfen. Es muss ja nicht immer erst ein schlimmer Unfall eine Massnahme hervorrufen. Ich danke dem Gemeinderat auch im Namen der neun Mitunterzeichnenden für die geschätzte Unterstützung.

Stadtrat Didier Falbriard:

Auf Eigeninitiative und auch nach dem parlamentarischen Vorstoss von Stefan Winter hat das Ressort Sicherheit die versetzten Parkplätze und die auch von uns gewünschten Fussgängerstreifen beim kantonalen Verkehrstechnischen Amt beantragt. Die Vorabklärungen erfolgen zuerst immer mündlich, und wenn sie vom Verkehrstechnischen Amt bewilligt werden, erfolgt im Nachtrag ein schriftlicher Antrag. Der Antrag für den zusätzlichen Fussgängerstreifen an der Leimbachstrasse wurde damals abgelehnt. Der Zuständige vom Kanton hat von Schulbeginn an mehreren Tagen die Überquerungen gezählt. Dabei habe er festgestellt, dass die Überquerungen so schwach gewesen seien, dass ein Fussgängerstreifen an der Leimbachstrasse nie bewilligt würde. Obwohl keine grosse Chance besteht, dass der Kanton uns diesen Fussgängerstreifen doch noch bewilligen wird, nimmt der Stadtrat das Postulat gerne entgegen.

Beschluss

Da aus dem Rat das Wort nicht verlangt wird, erklärt der Ratspräsident das Postulat als überwiesen.

8. Sanierung und Werterhaltung des Verkehrsnetzes und der Werkleitungen

Postulat von der Sachkommission betr. Sanierung und Werterhaltung des Verkehrsnetzes und der Werkleitungen

Nicole Kappeler stellt das von ihr und Davide Loss am 23. Juni 2010 im Namen der damaligen Sachkommission 2 eingereichte Postulat vor:

„Im Rahmen der Prüfung der Rechnung 2009 hat die Kommission festgestellt, dass die Werterhaltung des Verkehrsnetzes und der Werkleitungen stark ungenügend sind. Viele Strassen sind dringend sanierungsbedürftig. Demnach beschliesst die Kommission, folgendes Postulat einzureichen:

Antrag:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Werterhaltung des bestehenden Verkehrsnetzes und der bestehenden Werkleitungen in den nächsten Jahren erhöht werden kann. Insbesondere sollen dabei Massnahmen geprüft werden, wie kurz- und langfristig dem Missverhältnis zwischen dem Bedarf an Sanierungen und der geplanten Realisierung begegnet werden kann. Die Massnahmen sollen im Hinblick auf das Budget 2011 realisierbar sein.

Begründung:

Aufgrund der Erfahrungen aus den vergangenen Jahren musste die Kommission feststellen, dass die Investition in die Werterhaltungsmassnahmen für die Sanierung und die Werterhaltung des Verkehrsnetzes und der Werkleitungen nicht ausreichend sind. Die Strassen auf dem Adliswiler Stadtgebiet sind teilweise in misslichem Zustand. Aufgrund von Sparmassnahmen wurden die Werterhaltungsmassnahmen, insbesondere Sanierungen, bis zum Jahr 2014 aufgeschoben.

Laut den Verantwortlichen aus der Verwaltung sind 10 % der Strassen auf dem Adliswiler Stadtgebiet in einem schlechten oder gar kritischen Zustand. Diesem alarmierenden Umstand muss aus Sicht der Kommission dringend mehr Beachtung geschenkt werden. Die Investitionen von rund CHF 2 Mio., welche für die Erneuerung des Verkehrsnetzes jährlich getätigt werden müssten, wurden in den letzten Jahren aufgrund der andauernden Sparmassnahmen stets deutlich unterschritten.

Dem Finanzplan 2009 - 2013 kann entnommen werden, dass diverse Projekte sowie die notwendigen, anfallenden Sanierungen nicht mehr eingestellt sind und auf unbestimmte Zeit verschoben wurden. Die Differenz zwischen realisierten und geplanten Sanierungen der Verkehrsflächen wird von Jahr zu Jahr grösser. Dies hat aus Sicht der Kommission alarmierende Folgen.

Aus finanzökonomischer Sicht muss aus Sicht der Kommission zwingend auch die Sanierung der Werkleitungen berücksichtigt und bei der Planung eingebunden werden. Die jährlich getätigten Flickarbeiten und die dafür notwendigen Nachtragskredite verteuern die Werterhaltung stetig, ohne das mit diesen Massnahmen eine nachhaltige Sanierung erreicht werden könnte. Die Kommission schätzt, dass bei einem zehnjährigen Aufschub von Sanierungsmassnahmen eine Gesamtsanierung rund 40 % teurer ausfällt.

Aus diesen Gründen müssen aus Sicht der Kommission geeignete Massnahmen im Sinne des Antrags geprüft werden.“

Stadtrat Patrick Stutz:

Zum Begriff „Werkleitungen“: Dazu gehören Abwasser- und Wasserleitungen. Insofern sind bereits schon seit mindestens zehn Jahren 66 % vom Postulat erfüllt. Die Indikatoren und Ziele der Versorgungssicherheit „Wasserleitungen“ wurden mit 1,8 % vom Leitungersatz des gesamten Leitungsnetz im Durchschnitt der letzten zehn Jahre erreicht bzw. es wurde mehr gemacht gegenüber der Vorgabe von 1,5 %. In der Versorgungssicherheit „Abwasserleitungen“ wurden die Indikatoren und Ziele mit 2,09 % vom Leitungersatz des gesamten Leitungsnetzes im Durchschnitt der letzten zehn Jahre erreicht bzw. es wird ebenfalls mehr gemacht gegenüber der Vorgabe von 1,5 %. Diese Zahlen finden Sie in der Vorlage zum heutigen Traktandum 3. Beim Zielwert von 1,5 % geht man davon aus, dass eine Leitung eine Lebensdauer von rund 66 Jahren hat, was durchschnittlich als realistisch bezeichnet werden kann. Sowohl die Abwasser- als auch die Wasserleitungen sind spezial finanziert durch Anschlussgebühren und Gebühren für den Gebrauch. Dabei gilt es zu beachten, die Kosten für die Investitionen, den Unterhalt und Verbrauch im Verhältnis zu den Gebühren ausgeglichen zu halten und mit einem Kostendeckungsgrad von 100 % alle Kosten finanzieren zu können. Auch im kommenden Jahr werden die Werkleitungen im gleichen Umfang gemäss Zielvorgaben von mindestens 1,5 % erneuert werden. Beim öffentlichen Verkehr, Indikator „Werterhaltung der Verkehrsflächen“ ist die Zielvorgabe mit 0,76 im zehnjährigen Durchschnitt nicht erreicht worden gegenüber dem Zielwert von 2 %. Dieser Zielwert entspricht einer angenommenen Lebensdauer einer Strasse von 50 Jahren. Die Strassen sind aber nicht vergessen gegangen. Die Strassen sind im Investitionsprogramm mit Steuern finanziert. Die Stadt Adliswil kann gemäss Finanzplan in einer Periode mit einem 100igen Kostendeckungsgrad rund 23 Mio. Franken investieren. Um das Ziel des Postulates zu erreichen, müssten wir pro Jahr 2 Mio. Franken investieren. Das würde in einer Planperiode, die der Finanzplan ausweist, 10 Mio. Franken ausmachen, also rund 40 % der Adliswiler Investitionen. Der Finanzplan zeigt, dass der Investitionsbedarf bzw. die vorhandenen Wünsche aller Ressorts von 2010 - 2014 77 Mio. Franken betragen. Wir haben also 23 Mio. Franken für einen 100igen Kostendeckungsgrad und 77 Mio. Franken Investitionsbedarf. Von diesen 77 Mio. Franken müssten also 54 Mio. Franken fremdfinanziert werden, was in der Laufenden Rechnung nicht einfach gedeckt werden könnte. Wenn man noch die Jahre 2015 und 2016, also den Wunschbedarf, den man verschoben hat, in der laufenden Periode realisieren würde, kämen noch 33 Mio. Franken dazu, das gäbe dann 110 Mio. Franken. Sie sehen, Adliswil hat noch viele andere Investitionen, die sie dringendst tätigen müsste. Der Stadtrat setzt sich im Rahmen des Investitionsplanes intensiv mit der Priorisierung auseinander. Die Strassen sind aber nach Beurteilung des Stadtrates nicht in einem solch schlechten Zustand wie im Postulat erwähnt. Wir wissen, einzelne Strassen sind nicht perfekt, aber im Vergleich zu anderen Ländern sind sie in einem relativ guten Zustand. Sicherheit muss selbstverständlich gewährleistet sein. Prioritäten gehen nach Dringlichkeit und der möglichen Finanzierung. Die Strassen sind nicht immer an erster Stelle. Deshalb empfiehlt Ihnen der Stadtrat, das Postulat nicht zu überweisen.

Mario Senn:

Aufgrund der neuen Informationen von Stadtrat Patrick Stutz beantrage ich einen Sitzungsunterbruch von fünf Minuten:

Zustimmung.

Nicole Kappeler:

Ich weise nochmals darauf hin, dass im Antrag nicht eingeladen wird zu prüfen, ob ein gewisser Betrag gesprochen werden kann. Es geht lediglich darum zu prüfen, wie man dem Missverhältnis zwischen Bedarf und Rückstellungen, die irgendwann anfallen werden, entgegen gewirkt werden kann. Beispiel Rütistrasse: Dort wurden sämtliche Wasserleitungen saniert wurden, die Strasse aber nur ums Nötigste wieder befahrbar gemacht. Wenn Werkleitungen saniert werden müssen, soll grad auch die Strasse saniert werden.

Renato Günthardt:

Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab, weil auf die Stadt schon genügend Investitionen zukommen. Die Ausführungen von Stadtrat Patrick Stutz sind völlig klar. Die finanziellen Auswirkungen sind zu gravierend, als dass dieses Postulat unterstützt werden könnte.

Carmen Marty Fässler:

Auch für die SP ist klar, dass andere Prioritäten gesetzt werden müssen, wie z. B. der Bau oder die Sanierung von Schulhäusern. Deshalb werden wir das Postulat nicht unterstützen.

Mario Senn:

Auch die FDP-/EVP-Fraktion wird das Postulat grösstmehrheitlich nicht unterstützen. Die Postulatsantwort wurde nämlich durch Stadtrat Patrick Stutz zu 95 % schon vorweggenommen. Wir sind der Ansicht, dass die Adliswiler Strassen nicht so schlecht sind, dass es sich rechtfertigen würde, die Prioritätenliste einfach zu ändern. Zudem steht in unserem Wahlprogramm nicht, dass wir die Strassensanierung als höchste Priorität bewerten, und daran halten wir uns.

Max Stenz:

Auch die Freien Wähler werden der Überweisung nicht zustimmen. Unsere Strassen sind soweit in Ordnung.

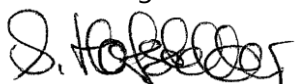
Beschluss

Das Postulat von Nicole Kappeler und Davide Loss im Namen der damaligen Sachkommission 2 betr. Sanierung und Werterhaltung des Verkehrsnetzes und der Werkleitungen wird überwiesen:

Ablehnung.

Schluss der Sitzung: 21.40

Für die Richtigkeit:



Ida Hofstetter, Ratssekretärin